

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(16. Sitzung am 19. September 2018)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1423](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

2. **Entwurf eines Gesetzes über die Vereinigung der Stadt Walsrode und der Gemeinde Bomlitz, Landkreis Heidekreis**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1421](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1384](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Dabei sollte auch auf die Rechtslage in anderen Bundesländern und dortige Fallzahlen - bezogen auf Individualverfassungsbeschwerden - eingegangen werden. Die Landtagsverwaltung bat der Ausschuss, den Ausschussmitgliedern die Unterlagen zu der Anhörung zur Verfügung zu stellen, die dieser Ausschuss in der 17. Wahlperiode zu einem ähnlich lautenden Gesetzentwurf ([Drs. 17/1111](#)) durchgeführt hatte (öffentlicher Teil der 28. Sitzung am 11. Juni 2014).

4. a) **Frauenrechte stärken - Gesundheit schützen - § 219 a Strafgesetzbuch streichen!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/27](#)
- b) **§ 219 a StGB abschaffen! - Informationsrecht ist ein Menschenrecht!**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/31](#)

Auf Vorschlag der Fraktion der CDU bat der Ausschuss das Justizministerium um einen erneuten Sachstandsbericht u.a. in Bezug auf die neuesten Entwicklungen auf Bundesebene.

5. **Angemessene Unterstützung der Betreuungsvereine für eine gute rechtliche Betreuung**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/846](#)

6. **Die Finanzierung der Betreuungsvereine nachhaltig sichern - Drittfinanzierung aufgeben**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1395](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm die Beratung des Antrages der Fraktion der SPD und der CDU wieder auf und begann mit der Beratung des Antrages der Fraktion der Grünen. Die beteiligten Fraktionen nahmen in Aussicht, bis zur nächsten Sitzung über einen Entschließungstext zu verhandeln, der von ihnen gemeinsam getragen werden kann. Sie streben eine Beschlussfassung im Oktober-Plenum an.

7. **Konsequenzen aus Diesel-Betrugsskandal ziehen: Wirtschaftssanktionsrecht verschärfen, Zivilprozessrecht anpassen, Whistleblower schützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1394](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

8. **Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Familien-Clans**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1521](#)

Der - federführende - Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen, und zwar sowohl aus Sicht des Justiz- als auch des Innenministeriums. Ferner bat der Ausschuss den Ausschuss für Inneres und Sport um Stellungnahme zu den die Polizei betreffenden Gesichtspunkten des Antrages.

9. **Sexuellen Missbrauch von Kindern effektiv bekämpfen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1533](#)

Das Ausschussmitglied der FDP-Fraktion wies auf die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage mehrerer Mitglieder dieser Fraktion mit dem Titel „Sexueller Kindesmissbrauch - Maßnahmen der Landesregierung?“ hin ([Drs. 18/1426](#)). Der Ausschuss nahm in Aussicht, in der nächsten Sitzung zu entscheiden, ob die Landesregierung um eine darüber hinausgehende Unterrichtung zum Gegenstand des Antrages gebeten werden soll. Ferner regte das Ausschussmitglied der FDP-Fraktion an, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

10. **Digitalen Bürgerservice der niedersächsischen Justiz verbessern - Anträge, Ausfüllhilfen und Merkblätter an zentraler Stelle in Niedersachsen bereitstellen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1534](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen, insbesondere im Hinblick auf die Frage, inwieweit das bestehende Angebot der Justiz barrierefrei gestaltet ist.

11. **Entwurf eines Gesetzes zur Aufnahme des Staatsziels „Klimaschutz“ in die Niedersächsische Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1396](#)

dazu: Antrag gem. § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1397](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Gesetzentwurf und dem Antrag Stellung zu nehmen. Das Ausschussmitglied der Grünen-Fraktion regte eine mündliche Anhörung an.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

12. **Eingaben**

Der Ausschuss behandelte die Eingabe 3142/17, zu der ihn der Petitionsausschuss um Stellungnahme gebeten hatte. Der Ausschuss beschloss, dem Petitionsausschuss anstelle einer förmlichen Stellungnahme das Wortprotokoll über den nicht öffentlichen Teil der heutigen Sitzung zu übersenden.